

# Ganztagschule:

Die Umstellung auf ein verschränktes Ganztagsschulsystem sorgt nicht immer für Begeisterung, wie ein Beispiel aus Wien zeigt.

Von Carmen Baumgartner-Pötz

**Wien** – Für Bildungsministerin Sonja Hammerschmid (SPÖ) ist die Sache klar: In ganztägigen

Schul- und Betreuungsangeboten liegt die Zukunft, bis zum Jahr 2025 sollen 40 Prozent der Schüler ganztägige Angebote wahrnehmen können (siehe eingebauter

Artikel). 2017 und 2018 werden zunächst nur verschränkte Ganztagschulen gefördert. Im Gegensatz zu Schulen, in denen am Vormittag gelernt wird und am Nachmittag eine Betreuung durch Hort oder Halbinternat da ist (für Mittagessen, Hausaufgaben, Freizeit), wechseln sich in verschränkten Ganztagschulen Unterrichtsphasen mit Ruhe/Freizeit und Übungsphasen ab. Der Tag endet in den meisten Ganztagsvolksschulen um 15.30 Uhr, ein früheres Abholen ist nicht möglich. Dafür, so sieht es das Konzept vor, hat das Kind nach der Schule echte Freizeit, da es Hausaufgaben in der klassischen Form nicht mehr gibt: Die Übung bzw. Wiederholung des Gelernten erfolgt bereits in der Schule.

Derartige verschränkte Ganztagschulen sind in Österreich noch eine Seltenheit, laut den Initiatoren des Bildungsvolksbegehrens, Hannes Androsch und Bildungsexperte Andreas Salcher, sind nur 1,5 Prozent al-

## Ganzer Tag Schule soll die Regel sein

**Wien** – Kurz vor Weihnachten wurde im Nationalrat der Ausbau der ganztägigen Schul- und Betreuungsangebote absegnen. Im von Bildungsministerin Sonja Hammerschmid (SPÖ) vorgelegten Bildungsinvestitionsgesetz werden die Investitionen bis 2025 geregelt.

Insgesamt 750 Mio. Euro stellt der Bund ab 2017 zur Verfügung, damit bis 2024/25 für jedes Kind in maximal 20 km Umkreis zum Wohnort ein ganztägiges Angebot zur Verfügung steht. Gefördert werden öffentliche als auch mit Öffentlich-

keitsrecht ausgestattete Privatschulen mit einem fixen Anteil vom Bildungsministerium und einem flexiblen Anteil vom Land. Die 250 Mio. Euro, über die die Länder selbst bestimmen können, sind für die Umwandlung von Klassen mit Nachmittagsbetreuung in „verschränkte“ Klassen reserviert.

Wegen des Vorrangs für die verschränkte Form von Unterricht, Lern-, Ruhe- und Freizeitphasen hat die FPÖ nicht zugestimmt – sie sieht hierin eine Einschränkung der Wahlfreiheit. (TT, APA)

# Aufstand vor Umstellung



Die Regierung will mehr Ganztagschulplätze schaffen und stellt dafür 750 Mio. Euro bereit.

Foto: APA/Hochmuth

ler Klassen so geführt. Die OECD sieht in diesem Faktum einen der wesentlichen Gründe für die schlechten Leistungen von Schülern aus bildungsfernen Schichten.

Die Umstellung von „normalen“ Volksschulen mit Hort auf verschränkte Ganztagschulen stößt

allerdings nicht automatisch auf Begeisterung. So hat im Dezember der Protest von Eltern an einer Wiener Volksschule dazu geführt, dass ein Schulstandort im 18. Bezirk mit dem kommenden Schuljahr doch nicht umgestellt wird. „91 Prozent der Eltern haben

sich bei einer Befragung des Elternvereins gegen die Umstellung ausgesprochen und wollten auf die Barrikaden gehen“, so Elternvereinsobmann Julian Breitenecker von der Volksschule Bischof-Faber-Platz. Zwar haben drei Viertel der Eltern ihre Kinder jetzt schon im

Hort, aber – und das ist offenbar der springende Punkt des Protests – dort sei die Betreuung sehr gut und man sei absolut flexibel in der Abholzeit. Bei einer Umstellung auf einen Ganztagsbetrieb wären laut Breitenecker nicht nur die Räumlichkeiten zu knapp bemessen, die

Eltern fürchten auch eine Verschlechterung der Betreuung durch die Freizeitpädagogen eines privat geführten Vereins. „Es gab schon 2009/10 den Plan einer Umstellung auf Ganztagesbetrieb, der durch Protest verhindert wurde. Jetzt wird das gleich schlechte Konzept wie damals vorgelegt“, ärgert sich Breitenecker. Innerhalb kürzester Zeit hat der Elternverein über 1000 Unterschriften gesammelt, Termine bei den zuständigen Politikern und beim Stadtschulrat eingefordert. Denn nach den Weihnachtsferien finden in Wien die Schuleinschreibungen statt, wer kommenden September ein Erstklässlerkind hat, muss sich entscheiden. Kurz vor Weihnachten bestätigte der Stadtschulrat, dass die Umstellung der Schule auf Ganztagsbetrieb zumindest für ein Jahr verschoben wird.

Im Büro der zuständigen Stadträtin Sandra Frauenberger (SPÖ) sieht man es freilich nicht so, dass der Elternprotest zu dem Rückzieher geführt hat. „Es gab mehrere Unsicherheitsfaktoren“, bestätigte eine Sprecherin der *TT*. Grundsätzlich bleibe aber das Ziel der Ausbau der verschränkten Ganztagschulen.